

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für drei Monate 7.50 M. im voraus zahlbar. Für Postbestellungen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streichung bezogen für Deutschland und Österreich 12.— M., für das übrige Ausland 15.50 M., zuzüglich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 895 und 2896.

Die abgepalte Korrespondenz oder deren Saum, sowie jede Wort-Änderung, als auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut aufstelltem Anzeigen-Tarif berechnet. Inwieweit für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2825-26, 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Alliierten und der Einmarsch.

## Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Eine französische Note an Deutschland.

Paris, 7. April.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone. Der Vorschlag zur der Besetzung der neutralen Zone.

hin, daß die Initiative zu diesen Operationen der deutschen Militärpartei zugeschrieben werden müsse.

Es war die Militärregierung von Kapp, die sie ergriffen hatte, und es war die Militärpartei, die trotz der starken Einwände, die selbst im Schoße der deutschen Regierung gegen die vorgesehene Intervention erhoben wurden, darauf beharrte, daß es unmöglich sei, ohne Erhöhung der Kräfte die Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen.

Frankreich sah sich somit einer Maßnahme gegenüber, die nach einstimmiger Ansicht der Alliierten nicht ohne vorhergehende Ermächtigung zur Ausführung gelangen durfte. Die keineswegs durch die Umstände gerechtfertigt war, und für die die deutsche Regierung Frankreich gegenüber die formelle Verpflichtung eingegangen war, sie nicht ohne Ermächtigung auszuführen. Diese Maßnahme war durch den Umstand besonders schwer aufzunehmen, als die Alliierten trotz ihrer beständigen Bemühungen die Ausführung der Klauseln bezüglich der Wahrung Deutschlands noch nicht erreichen konnten.

Am 28. März sprach sich der französische Ministerpräsident in diesem Sinne im Parlament aus, denn er sagte darauf: Ich meinerseits schließe den Gedanken eines wirtschaftlichen Zusammenarbeitens nicht aus. Ich habe schon gewisse Möglichkeiten im Auge. Die Grundbedingung, die aber vorangeht, ist, daß die deutsche Regierung, mit der ich — ich wiederhole es — bereit bin, wirklichlich zusammenzuarbeiten, zunächst den Beweis ihres guten Willens erbringt, indem sie ihren Verpflichtungen nachkommt.

Am 28. März bestätigte Herr Millerand Herrn Haber seine Ansicht, eine neue neue Beziehungen mit Deutschland auf dem Wege wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu beginnen.

Als die französische Regierung am 4. April ihren Vertretern im Auslande die Beschlüsse mitteilte, die sie gefaßt habe, hat sie wissen zu lassen, daß, wenn sie diese Haltung eingenommen hätte, sie keinem feindlichen Gedanken Deutschland gegenüber gehorcht. Sie wiederholte die Versicherung, Frankreich wünsche bald wieder die normalen Beziehungen zu Deutschland auf der Grundlage wirtschaftlicher Uebereinkommen zu haben. Sie fügte bei, daß diese Anregung, die in diesem Sinne unternommen würde, bei ihr den günstigsten Empfang finden würde und möchte die Mitteilung, daß unter günstigen Umständen die Initiative von Frankreich aus kommen könnte.

## Völlige Uebereinstimmung zwischen England und Frankreich.

Amsterdam, 8. April.

Der „Telegraf“ meldet aus London: „Evening News“ erfahren, daß die Berichte aus Washington und Rom, wonach England und Amerika einen anderen Standpunkt einnehmen sollen als Frankreich, vollkommen unrichtig seien. Dem Blatte zufolge hat Lord Derby, der englische Botschafter in Paris, den Auszug erhalten, auf der Friedenskonferenz vollkommen klar zu stellen, daß die britischen Staatsmänner die Lage in Deutschland von demselben Standpunkt aus betrachteten und untreu mit Frankreichs Haltung sympathisieren. Lord George habe Lord Derby ermächtigt, dies in Paris darzulegen. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß er den von Frankreich unternommenen Schritt nicht billigen wird.

Die „Times“ melden, daß bei der Besetzung zwischen der französischen und englischen Regierung über die Besetzung der deutschen Städte vollständige Uebereinstimmung erzielt werden wird.

## Die Haltung Wilsons.

Washington, 7. April. (Neuer.)

Der Vizepräsident der „Associated Press“ meldet, daß Wilson keine Ansicht bezüglich des französischen Vormarsches in die neutrale Zone östlich des Rheins zurüchhält, bis er genauer darüber unterrichtet wird. Das Staatsdepartement teilt heute mit, daß Besprechungen zwischen den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Italien im Gange sind, und charakterisiert die Bewegung der französischen Truppen als „natürliche Entwicklung“.

## Zusammenkunft der Nationalversammlung.

Amlich wird gemeldet: Infolge der durch die Besetzung von Frankfurt a. M. verursachten Verhältnisse ist die Nationalversammlung auf Montag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr in einer Sitzung zusammenzubekommen worden.

## Was wird aus der Reichswehr?

E. R. Die alte kaiserliche Armee, die für unbesiegt gehalten wurde, ist in den Herbsttagen 1918 von Frankreich gründlich geschlagen worden, daß nur noch ausgebliebenen Krümmernhaufen den deutschen Boden betreten. Damit war das Schicksal dieser Armee für alle Zeiten besiegelt. Die Führung hatte während des Weltkrieges in allen entscheidenden Fällen verlagert. Der starke Kadavergehorsam, der das Heer zusammenhalten und zu einem gefügigen Werkzeug in den Händen der Führer machen sollte, verlagte in dem Maße, je länger der Krieg dauerte und je mehr die Masse der Soldaten zu der Erkenntnis kam, daß sie für verwerfliche Zwecke, für unerreichbare Ziele leiden, bluten und sterben sollte. Die Armee wurzelte nicht im Volke, sie war ihm völlig entfremdet. Zwischen Führer und Mann hatte sich eine unüberbrückbare Kluft aufgetan, die immer größer wurde. Und so mußte diese Armee zerbrechen und auseinanderfallen. Je stärker und intensiver die Schläge der gegnerischen Heere auf sie niederprasselten. Was in fünfzigjähriger Arbeit aufgebaut worden war, zerfiel in blutigen Scherben, weil dem ganzen ehemals so scheinbar stolzen Bau die Wurzeln fehlten, die ihm neue Kraft zuführen konnten. Mit dem Kaiserreich sank die kaiserliche Armee ins Grab. Beide hatten ihre Rolle ausgespielt in der Geschichte. Sie mußten zerfallen, weil sie überlebt waren, der im Anmarsch befindlichen neuen Gesellschaftsform, dem Sozialismus, hindernd im Wege standen.

Das gleiche Schicksal ist der Reichswehr beschieden, die Rolle aus den zerlumpten Trümmern des alten Heeres aufgebaut hat. In ihrem Knochenbau frag vom ersten Tage ihrer Bildung an der Spießspalt ihrer Bestimmung. Sie sollte ein Instrument der Republik zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, zum Schutze der neuen Staatsverfassung sein. Aber sie wurde gebildet und geführt von Offizieren, die die Republik bis aufs Blut hassten, die ihr täglich von neuem die Feindschaft ansagten, die systematisch darauf hinarbeiteten, jeden republikanischen Einfluß in der Armee zu unterbinden, um den alten kaiserlichen Glanz wieder aufleben zu lassen. Jeder frische Aufbruch von außen her, jeder Reformversuch wurde unterdrückt. Das alte Ausbildungssystem, der Drill, der Kadavergehorsam, die herrliche Ueberhebung der Offiziere, kurz das ganze noch außer hin so großartig erscheinende Gepräge der alten kaiserlichen Armee wurde auch der neuen Wehrmacht wieder aufgedrückt, ohne Rücksicht darauf, daß es sich an der Marine, der Luft und in den Tälern der Picardie als eitel Blunder erwiesen und unendlich viel mit dazu beigetragen hatte, daß die deutsche Niederlage so vollständig und niederschmetternd wurde, wie wir sie noch heute vor uns sehen.

Die Führer der neuen Wehrmacht hatten aus der Geschichte nichts gelernt, sie wollten nichts daraus lernen. Die Armee nahm wieder eine Sonderstellung im Staat ein, wie unter dem absolutistischen Regime. Sie wurde zu einer Macht, die nicht in den breiten Schichten des Volkes wurzelte, sondern über ihm stand und sich in folgedessen mit jedem Tag verächtlicher machte. Die Wehrmacht wurde zu einem ausgeprägten Werkzeug der Reaktion. Sie formierte sich unter den Augen der republikanischen Regierung, um ihr, wenn sie stark genug war, den Todesstoß zu versetzen. Alles, was im Verlauf des letzten Jahres geleistet wurde, um die Reichswehr stark und kriegsfähig zu machen, geschah nicht, um den Bau der Republik zu sichern, sondern um ihr zu untergraben. Zwar hat die Reichswehr sich durch ihren Eid verpflichtet, die Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen. Aber im Augenblicke der Gefahr erwies sich, daß sie wohl bereit und fähig war, die Arbeiter niederzuschlagen, sie zu handhaben, zu mißhandeln. Sogar verlor sie, trotz ihrer Offenheit zu den Feinden über, als der große Anstich von rechts kam, der der Republik das Lebenslicht ausblies und der kaiserlichen Herrlichkeit wieder den Weg ebnete.

So ist das Schicksal der alten kaiserlichen Armee an der Marine vollzogen, so hat sich die Reichswehr am 18. März 1920 den Todesstoß versetzt. Sie ist wie die Armee Wilhelm Hohenzollerns zu einer überlebten Einrichtung geworden, sie paßt mit ihren monarchistischen Stäben, Kommandeuren und Instrukteuren über-

wichtig in die Republik, wie ein Vorgesetzter aus dem Präsidenten unmöglich ist. Die letzten Ereignisse haben uns aber auch bewiesen, daß alle Reformversuche glücklos bleiben müssen. Es wird niemals gelingen, die Macht und den Einfluß der Generale auf die Reichswehr endgültig zu brechen. Man mag ihnen Soldatenräte oder politische Kommissare beifügen, sie werden sie immer hinter sich führen, die Konflikte werden nie zu unterbinden sein, immer wird es Störungen, Resonanzen und Unvollkommenheiten geben, die einer gesunden Weiterentwicklung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens hindernd in den Weg treten.

Aus diesem Zustand der Unordnung und der dauernden Gefahr können wir nur heraus, wenn wir endlich ganze Arbeit machen und die Reichswehr überhaupt beseitigen. Als Ordnungstruppe kommt sie nach den Ereignissen seit dem 13. März nicht mehr ernsthaft in Frage. Sie hat hier völlig versagt und wird auch in der Zukunft wieder, wenn es hart auf hart geht, versagen. Die Ordnung im Innern kann nur aufrecht erhalten werden durch eine Polizeitruppe, die aus zuverlässigen Teilen der republikanischen Bevölkerung zusammengesetzt ist und von republikanischen Führern geführt wird. Ein Ausbau und Umbau der Sicherheitspolizei im Sinne der von den Gewerkschaften und den politischen Arbeiterparteien aufgestellten Richtlinien wird vollaus genügen, um eine zuverlässige Schutztruppe der Republik zu schaffen. Wehrliche Formationen können auch für den Grenzschutz gebildet werden.

Welche Aufgabe kann dann die Reichswehr noch haben? Sie käme nur für einen etwaigen Kampf mit sogenannten äußeren Feinden in Frage. Aber angesichts der weltpolitischen Gesamtlage müssen wir es uns abgewöhnen, für diesen Zweck eine Wehrmacht zu unterhalten. Denn ganz abgesehen davon, daß ein neuer Krieg vorderhand unmöglich ist, könnte Deutschland mit einer Wehrmacht, die sich nach dem Friedensvertrag vom 1. Juli ab nur noch auf 100 000 Mann belaufen darf, niemals daran denken, in einen Krieg zu treten. Das wäre Wahnsinn und Verbrechen. Alles, was in dieser Hinsicht von unverantwortlichen militärischen Führern und Politikern geklaut wird, ist eitel Spielerei, die dem Volke allerdings sehr teuer zu stehen kommt. Und an dieser Tatsache würde selbst dann nichts geändert werden, wenn Deutschland ein Söldnerheer von 500 000 Mann unterhalten dürfte, da auch ein solches Heer für einen Krieg mit England oder Frankreich nicht ernsthaft in Frage käme.

Die Reichswehr ist also, wie die Verhältnisse heute liegen, eine völlig überflüssige Einrichtung geworden. Da sie außerdem noch sehr kostspielig ist und jährlich mehrere Milliarden Mark verschlingt, haben wir die Pflicht, ihre restlose Auflösung zu fordern. Als Ordnungstruppe kann die Reichswehr nicht mehr in Frage kommen. Sie stützt nicht die Republik, sondern sie ist ihr im höchsten Maße gefährlich. Ihr Weiterbestehen könnte also, selbst wenn sie sich der Eingriffe in die innerpolitischen Geschäfte des Volkes endlich verweigern würde, nur noch dem sportlichen Interesse dienen. Für diese Zwecke jährlich Milliarden von Mark auszugeben, ist eine unerhörte Verschwendung, der wir so rasch wie möglich ein Ende machen müssen. Das gebietet uns schon unsere Finanzen. Aber was das wichtigste ist: Die Republik wird sich durch die Auflösung der Reichswehr von einer Gefahr befreien, die sie ständig bedroht. Und sie wird darüber hinaus der Welt bekunden, daß Deutschland ernsthaft gewillt ist, mit seinem Militarismus gründlich aufzuräumen. Das dürfte dann auch auf die anderen Länder keinen Eindruck nicht verfehlen. Zum mindesten hätten unsere Genossen in den Entente-Staaten ein treffliches Agitationsmittel in der Hand, um ihrem Militarismus das Wasser von den Mühlen zu nehmen.

### Neue Bücher.

Von den vielen Romanen, die geschrieben worden, sind die wenigsten lesenswert. Dabei bemühen sich moderne Verleger, neue Männer zu Worte kommen zu lassen, doch der dichterische Ertrag ist gering. Die expressionistische Darstellungsart ist oft bei allem Inhalt nur Verzerrung und Stilberobtheit.

Hans Fallada läßt einen Puberitätsroman „Der junge Soedel“ im Verlag Ernst Rowohlt erscheinen. Was in Webedinds „Frühlingserwachen“ unlagbar ans Herz greift, ist hier in der sehr breit angelegten sexuellen Entwicklungsgeschichte eines sechszehnjährigen Gymnasialknaben ausgemalt, erotisch ausschließendem Raum in alle sinnlichen und seelischen Schlupfwinkel ernst nachspürend, verwirrend in der Fülle der Gesichte, beunruhigend und unbesriedigend in der Stoppeljagd hastender Worte und ungenährter Darstellungen.

Phantastie haucht sich in wolkigem Wogen über den aufgewühlten Strom unserer Zeit in Bruno Goepf's imaginärem Roman „Das Reich ohne Raum“. (Verlag Neuenhauer, Weidmann.) Es wirbeln Gestalten und Schatten durcheinander, aber wenn man sie vergißt, bleiben Jean Paul, Poe und E. T. Hoffmann. Der stand auch Sale bei den Kabbalen der Genetrix Kimmann „Der andere Tod“ (Verlag Erich Reich, Berlin), die Erlebtes mit Gedächtem, Alltägliches mit Bizarrem zu einer bergsteigigen Kinobühne mischen.

Schmerzliche Liebesgedanken kreisen in Werner Schendells Roman „Dienerin“ (Verlag S. Fischer, Berlin). Stolz und Kälte, Begehren und Demut fordern sich hier von Mann zu Weib in hellem Gewand, und doch scheint das hochgestimmte Leben dieses sehr literarischen und sehr verlebten Buches doch allem ein wenig nach süßer Banalität zu schmecken. Sam Wesen der liebend dienenden Frau weiß Albrecht Schäfers hier schon ausführlicher besprochene Dichtung „Eli oder Sieben Tropfen“ weit mehr zu fänden und Schendells Art der Männlichkeit verblüht vor Kiehlgoards weit bedeutsamerem „Logbuch eines Verführers“.

Von der unterirdischen Liebe erzählt auch Andreas Sachs Roman „Der weiße Mann“ (Verlag Neuenhauer, Weidmann). Manchmal nur ein unterhaltendes Buch, das Verbeugung von Männern und Frauen innerhalb und außerhalb der Ehe schildert, über dem aber die Mynen tief erlebten Menschenlebens stehen. Weib und Ehe ist auch das Problem in Elizabeth Deutenbergs Roman „An den Ufern des Lebens“ (Verlag Theodor Thomas, Leipzig). Gedankenlyrik und Künstlerium befeelt die Liebe zweier Freundsinnen zum Mann untereinander, hinter die die Liebe zum Mann und zum Kinde zeitweilig zurücktritt. Manches ist feinsinnig gesagt und durchaus nachsichtig angefaßt, aber das verstaubte Ideal einer neuen Ehe greift in erlösend romantischen Illusionen.

### Taten, nicht nur Worte!

Die Regierung hat in den gestrigen Verhandlungen Erklärungen abgegeben, die, falls sie schnellstmöglich und mit Energie ausgeführt werden, einen Fortschritt darstellen. Insbesondere hat sie ihre Absicht, in kürzester Frist die Truppen aus dem Ruhrrevier zurückzuführen, nochmals bekräftigt und die Erklärung wiederholt, daß ein Einmarsch südlich der Ruhr nicht erfolgen dürfe. Es muß erwartet werden, daß nach dieser Erklärung dort, wo die Truppen die Ruhr überschritten haben, sie sofort zurückgezogen werden.

Das Entscheidende ist aber nun, daß es nicht bei den Worten bleibt. Nun wollen wir in diesem Momente über die Absichten der Regierung nicht reden. Wichtig ist, daß die Regierung nun aber auch alle daransetzt, um endlich die nötige Macht, die ihr heute noch fehlt, zu verschaffen, um ihren Erklärungen auch gegenüber der Reichswehr den nötigen Nachdruck zu verleihen. Hier hängt alles davon ab, daß die Reorganisation der Sicherheitswehr, die sowohl die Reichsregierung als die preussische Regierung zugestanden hat, mit aller Beschleunigung durchgeführt werde. Nach der Ausführung und nicht nach den Worten wird die Regierung beurteilt, werden die Vertreter der Arbeiterklasse ihre Maßnahmen wählen.

### Begreiflicher Schmerz.

Die „Kreuzzeitung“ weint blutige Tränen über soviel Ungemach an einem Tag. Geßlers Ausführungen über die Reform der Reichswehr, das Verbot der Einwohnereinheiten durch die interalliierte Kontrollkommission und die neuen Verhandlungen der Regierung mit den Gewerkschaften, das alles zusammen drückt der „Kreuzzeitung“ das Herz. Sie jammert: „Sieht man das alles in den Kreis der Betrügnung, so kann kein Zweifel mehr bestehen, daß Deutschlands Lage geahnt ist. Der Radikalismus ist jetzt schon der Sieger.“

Gewiß, der bittere Schmerz der „Kreuzzeitung“ ist berechtigt: das Deutschland des Monarchismus, Militarismus und der Junkerfreudigkeit geht seinem Ende entgegen. Für dessen radikale Ausrottung wird die organisierte Arbeiterklasse nicht aufhören zu kämpfen. Aber die deutsche sozialistische Arbeiterklasse kämpft auch für ein neues, freies Deutschland, in dem nicht mehr der Kuroffierstiefel Trumpf ist, sondern das jedem Volksgenossen die Früchte seiner Arbeit zuerkennt und den deutschen Namen in der Welt wieder zu Ehren bringt, den die Leute um die „Kreuzzeitung“ in den letzten Jahren so heruntergewirtschaftet haben.

### Die Hochverräter denunzieren.

Die Frechheit und Eitelkeit der deutschnationalen Politikmacher geht über alle Maßen. Dieselben Leute, die eben noch glatt dem Hochverrat zugejubelt haben, bezichtigen andere landesverräterischer Haltung. So schreibt die „Post“, das alldeutsch-schmernde Organ, unter der Überschrift „Kronzeug Frankreich“:

Zwischen vielen französischen Regierungsfunktionären und den Bediensteten der unabhängigen Presse Deutschlands besteht seit langer Zeit eine bis ins einzelne gehende Uebereinstimmung. Manche gegen Deutschland gerichtete Absätze aus dem Munde von Clemenceau und Millerand klingen fast wörtlich der „Freiheit“ entgegen. Diese landesverräterische Haltung des unabhängigen Zentralblattes hat in der jüngsten Zeit einen immer größeren Umfang angenommen. Tag für Tag drücken die unabhängigen den exzessiven Feinden Deutschlands Waffen in die Hand, die dann mit voller Schärfe gegen Deutschland geführt werden.

Warum dieser denunziatorische Wutschrei? Die Auflösung der Reichswehr, die Einwohnereinheiten, dieser Schöpfung der Großindustrie und der Militärs, hat es der „Post“ angetan.

Wie mochte diese vorurteilvolle Verurteilung durch die Agitation der „Freiheit“ unterstüßt werden. Sie schreibt, indem sie Stellen aus der „Freiheit“ und dem Schreiben des General Koller gegenüberstellt:

Das Zusammenstoßen ist vollkommen. Die Beispiele liegen sich häufen. Für dieses landesverräterische Treiben der Unabhängigen ist kein Ausdruck scharf genug.

Wir sind allerdings sehr befriedigt, daß die Einwohnereinheiten, dieser offene Haor der Reaktion, die sich außerdem auch noch als böllig überflüssig und unfähig zur Aufrechterhaltung der Ordnung erwiesen haben, endlich der Auflösung verfallen. Daß dies nicht außen her geschieht, nachdem man in Deutschland selbst nicht dafür gesorgt hat, daß die Einwohnereinheiten in demokratisch-republikanischem Sinn ausgebaut werden, ist eine der vielen bestimmenden Tatsachen, die die deutsche Politik durch das Verhalten der alldeutsch-militaristischen Klasse und der Schwäche der deutschen Regierung ihnen gegenüber zu verzeichnen hat. Wir werden uns durch kein Witzwort der „Post“ oder anderer nationalistischer und kapitalistischer Scharfmacherorgane davon abhalten lassen, auch in Zukunft alle Möglichkeiten und alle Ausbeutungen der alldeutschen Organisationen auf der radikalsten Seite zu bekämpfen. Dem deutschen Volke kommt die „Landesverräterische Treiben“ nur zugute.

### Die internationale Studienkommission.

Im „Vorwärts“ veröffentlicht Stamper einige Mitteilungen über die internationale Studienkommission, die gerade während der Putschtage in Deutschland eingetroffen war. Stamper macht dabei einige Bemerkungen über das Verhalten unserer Partei, die einen durchaus falschen Eindruck erwecken mußten. Die Entsendung der Kommission war bekanntlich auf der Antidamier Konferenz der Zweiten Internationale auf Anregung Haases beschlossen worden, um über die deutschen politischen Verhältnisse Informationen eingeholen. Unsere Partei hatte die Absicht, der Kommission eingehendes Informationsmaterial über die politischen Verhältnisse zu geben. Die Ereignisse machten eine Besprechung mit der Kommission unmöglich, aber auch infolgedessen ungenügend, als der Ansehensverlust nicht über das Kosten-System ausfallender als irgendwelche schriftlichen oder mündlichen Informationen wirkte. Die Parteileitung hatte nur eine Besprechung mit dem Genossen Mikael, bei der der französischen Partei beauftragt war, mit unserer Parteileitung Rücksprache zu nehmen und zu beraten, welche Schritte nach dem Austritt der französischen Partei aus der Zweiten Internationale im Sinne der Leipziger und Straßburger Beschlüsse wegen Zusammenschlusses mit der Dritten Internationale zu unternehmen seien. Eine Besprechung, die von Genossen bei der Parteileitung angeregt wurde, um unter Vermittlung der internationalen Kommission mit Vertretern der S. P. D. über eine gemeinsame Fortführung der Aktion gegen Kapp zu beraten, wurde von der Parteileitung einmütig gemäß unserem prinzipiellen Standpunkt, der jedes Eintreten für die Regierung Bauer-Koske ausschloß, abgelehnt. Es ist selbstverständlich, daß diese Ablehnung, die in einer Aussprache mit Hauptmann geschah, sich in den förmlichsten Formen vollzog.

### Die russische Wirtschaftsabordnung in Kopenhagen.

Kopenhagen, 7. April. Die russische Abordnung unter der Führung des Verkehrsministers Krasin und die englische Handelsabordnung unter W. L. sind hier eingetroffen und haben Verhandlungen über den Warenaustausch zwischen der Entente und Rußland eingeleitet.

Wichtigster russisch-rumänischer Friedensschluß. Der rumänische Premierminister Averescu hat laut „Daily Telegraph“ eine Reihe neuer Bestimmungen getroffen. Er hat die ganze Armee demobilisiert, aber alle technischen Truppenabteilungen in der Betriebsabteilung umgewandelt, die die besondere Aufgabe haben, die Transportverhältnisse zu verbessern. Voraussichtlich wird der Friede mit Rußland bald zustande kommen, nachdem sich bereits erklärte, rumänische Ansprüche auf Besarabien angeerkennen und den rumänischen Soldaten, der während Madensens Vormarsch nach Rußland gebracht wurde, zurückzugeben.

amerikanischem Biesenformat G. A. Chester in seinem Roman „Das Geld auf der Straße“ (Verlag Erich Reich, Berlin) satirisch schildert. Schafft Raum für eine andere und bessere Welt!

### „Zwangseinquartierung.“

Ein neuer Schwanz der alten Firma Franz Arnold und Ernst Bach hielt im Lustspielhause seinen England-„Zwangseinquartierung“ heißt er und handelt mit Erfolg seine Berliner Aufführung. Es ist das Erbälde unserer Schwanzfabrikanten, dem Spießbürger zu schmeicheln, statt ihn aus seinem phylisterlichen Behagen aufzuschrecken und so zu verblüffen, daß er platt wird. Hier aber kann sich der kleine Rentner, der sich im Leben wie im Theater zur Ruhe setzen möchte, freuen, wenn „neumodische“ Einrichtungen wie Verleumdung, Hausangestellte, Kellner etc. usw. poffenhaft beulst werden. Das alles ist ja von Satire mellenweit entfernt, aber in der Wirkung verflut es die Bürgergegnung am Abend nicht minder als es schon morgens beim Klaffe das rasche Intelligenzblättchen des kleinen Mannes berichtet. Ansonsten aber ließe sich darüber lachen, daß sich die „neue Zeit“ im Hirn eines Spahngelds spiegelt. Er läßt durch die Zwangseinquartierung eines nach privaten Abenteuern lärmenden Wohnungs-kommissars die Wurzeln (sich finden, um schließlich taucht auch noch das vor 20 Jahren in einem Häuflein bei nächstlicher Betriebsförderung gegangene Kind aus der Berlin-Lage als Baum auf. Das alles wird ganz lustig, harmlos oder auch dümm durcheinander gewirbelt und findet sein verträgliches Publikum. Besonders wenn unter Arnolds' witziger Regie neben anderen trefflicheren Darstellern in der Hauptrolle ein so edler und liebenswürdiger Komiker wie Arnold Kieß seinen Punsch entfaßt, der selber noch immer nicht die Höheren künstlerischen Aufgaben gefunden hat, die ihm wenigstens vorzuzugeweise zu führen.

Neuaufführungen. In der „Tribüne“ wird am kommenden Dienstag zum erstenmal Strindbergs „Totentanz“ aufgeführt. — Im Theater in der „Königsgraben“ Strahe kommen demnächst Bernhards Scham und Kuppel Strindberg gemeinsam an einem Abend zu Worte: Scham die Szenenfolge „Die große Katharina“, Kuppel Strindberg das Lustspiel „Mit dem Feuer spielen“. Im kleinen Schauspielhause wird am morgigen Abend Kuppel Strindbergs Schauspiel „1913“ erstmalig mit Kuppel Wassermaus aufgeführt. — Die Uraufführung von Goethes „Stella“ findet in den Kammertheatern des Deutschen Theaters am nächsten Dienstag statt. — Es folgen die deutsche Theater „Himmel und Hölle“ von Max Harnisch (Regie: Ludwig Berger), im Großen Schauspielhause Solandiers „Antigone“ (Regie: Karl Heinz Martin).

# Die falsche Schwertung des Bürgeriums.

Das „Berliner Tageblatt“ hat in dem unfehlbaren Bourgeois Institut, dem es auszeichnet, die Führung im Kampfe des Bürgeriums gegen die Arbeiterklasse übernommen. Schon gestern ist es in heftigen Tönen geredet wegen des erneuten Eingreifens der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien in die Entscheidungen der Regierung. In frisch entflammter nationalistischer Empörung warnte Herr Theodor Wolff die Regierung davor, die Truppen auch nur einen Tag früher aus dem „bedrohten“ Gebiet fortzuführen, als die „Polizeiaktion“ es gestattet. Nach einigem Schwanken hat das Blatt die Wendung gegen die Massenbewegung der Arbeiterklasse vollkommen vollzogen.

Seitdem seit Erich Dombrowski die Attacke seines Herrn und Meisters fort. Dombrowski die die Aktion der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien unangenehm. Nachdem sie allein die gegenrevolutionäre Gefahr gebannt haben, haben sie nach der Ansicht des „B. Z.“ wieder will beiseite zu stehen.

Dombrowski hat es nun unternommen, die theoretische Begründung für das Verfechtwerden der Arbeiterklasse beizubringen. Er macht das, indem er die Organisationen der Arbeiterklasse den Rapp und Lüttich, sogar Wilhelm II. gleichsetzt, worin für das Bürgerium der Boden gesunden ist, um diese „neue absolutistische Gefahr“, die es unternimmt, „in den Gang der Politik und des Räderwerks einer ruhigen und zielklaren politischen Entwicklung“ einzugreifen, zu bekämpfen. Die freien Gewerkschaften spielen jetzt „die Rolle des Präventivens“ mit unaufrichtigem Dreinreden nach ihrem Sinne. Da der Rapp-Putsch „verflucht“ war — mit Verlaub: er ist keineswegs „verflucht“, sondern er wurde überman durch den einmütigen Widerstand der Arbeiterklasse, und nur durch ihn —, käme es nur noch darauf an, so rasch wie möglich den entstandenen Schäden (am Vorkemmale der Tagesblattes) durch ruhige, gezielte Arbeit wieder gutzumachen. Dazu wären nach Erich Dombrowski die Gewerkschaften gut gewesen. Da sie aber den politischen Erfolg der Arbeiterklasse, soweit für die Arbeiterklasse auszumachen versuchen, wie es die „Gunsst“ oder Ungunst der Verhältnisse gestattet, fühlt sich das „Berliner Tageblatt“ berufen, sie in die Schranken der rändischer Organisationen zu verweisen.

Wir möchten den Herren sagen, daß ihr zorniges Aufbegehren vergeblich sein wird. Sie werden sich wohl noch an andere Dinge gewöhnen müssen. Vor allem aber daran, daß die Gewerkschaften, die Organisationen von 12 Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten, mehr sind als berufständliche Organisationen. Sie sind die Träger des Gedankens der gesamten Volkswirtschaft und sie haben durch die führende Teilnahme an der großen politischen Aktion des Proletariats den Schritt aus dem Krumm der bloß berufständlichen Interessen heraus endgültig getan. Sie sind sich selbst endlich ihrer Bedeutung für die Gestaltung des gesellschaftlichen und staatlichen Gemeinwohlens bewußt geworden und haben sich entschlossen, von ihrem Gewicht auch im politischen Kampf Gebrauch zu machen. Und von diesen neuen Wegen gibt es kein zurück. Sie haben aber auch das Recht erworben, im Namen der Arbeiterklasse Forderungen an die Republik zu stellen und durchzuführen, denn ihrer Aktion ist der Fortbestand der Republik zu danken.

Das zornige Gerede von der Rebenregierung und der Arbeiter-Klassenregierung der Gewerkschaften seit Dombrowski noch eine Weile fort. Selbst verstehen diesen Jörn, denn der politische Instinkt läßt selbst das Tagesblatt erkennen, daß in dem gesteigerten Maßstäblichkeit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen eine Gefahr für die Alleinherrschaft der Bourgeoisie in Politik und Wirtschaft liegt, für die Alleinherrschaft, die durch das System Ebert-Roske schon wieder so fest begründet schien. Darum vergessen sie alle Rapp-Gefahren und haben nur noch die Gefahr, die von der Arbeiterklasse zu kommen scheint. Und es wird nicht lange dauern, dann gilt ihnen alles, von Legion bis Levi, als „Volkseigenes“. Den Weg zu Siedt haben sie in ihrer Angst schon gefunden. Bisher hat sie auch noch vollends den Weg zu Lüttich und Bauer.

Um die „Gefahr“ abzuwenden, droht Herr Dombrowski mit dem Bruch der Koalition durch die Demokratie. Sie und das Zentrum könnten der Sozialdemokratie nicht dauernd „Gehamendienste“ leisten. Vor diese Frage ist die demokratische Partei jetzt gestellt, und sie muß an die Sozialdemokratie die Frage richten, ob sie noch weiterhin auf der gemeinsamen Grundlage der Demokratie mit den beiden anderen Koalitionsparteien mitzuarbeiten gewillt ist.

Die Antwort auf diese Frage können wir einwirken den Reichssozialisten überlassen. Ob aber gerade Dombrowski berufen ist, die Demokraten und Reichssozialisten vor diese Frage zu stellen, erscheint uns doch ein wenig zweifelhaft.

Nun weiß zwar jedermann, daß im „Berliner Tageblatt“ alles Heuilleton ist. Ueber dem Strich so wohl, wie darunter. Nur daß das Heuilleton unter dem Strich besser ist, als das darüber. Aber weite Kreise des Bürgeriums schwören trotzdem auf das „B. Z.“, und darum ist das feilste Gerücht dieses Blattes in seinem angeblich politischen Teil allerdings eine Gefahr für eine ruhige und zielklare politische Entwicklung — nicht aber die Aktion der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien.

Die „Politische Zeitung“ beschäftigt sich ebenfalls mit der durch das Eingreifen der Arbeiterklasse geschaffenen Situation, wenn auch nicht so aufgeregt und nicht so offen reaktionär, wie das „Berliner Tageblatt“. In ähnlicher Form wie dieses stellt es den Reichssozialisten die Rabinetsfrage. Es schreibt:

Es gibt nur ein: Entweder — Oder. Hat die sozialdemokratische Partei zu der Regierung, in der ihre Führer sind, nicht das Vertrauen, daß sie die Verfassung und den Staat zu führen weiß, dann muß sie ihre Mitglieder abzurufen und entweder zusammen mit den Unabhängigen die Regierung übernehmen oder die Verantwortung den übrigen Parteien überlassen. Unter keinen Umständen aber geht es an, zugleich drinnen und draußen, in der Regierung und in die Revolution zu stehen.

Wir hoffen, daß die Wahlen zum Reichstag ein Ergebnis zeitigen, das es gestattet, die Antwort auf diese Frage präziser zu geben, als es gegenwärtig möglich ist.

# Die Allgewalt der Generale.

Wie die Regierung belogen wird. — Lohberg und Schoeler als Hochverräter.

Jeder Tag bringt uns einen erneuten Beweis dafür, daß die Generale die Macht völlig in den Händen haben und daß auch das Reichswehrministerium mit seinem neuen Leiter Dr. Gehler nicht in der Lage ist, den unheilvollen Einfluß der Generalität zu brechen. Die Generale spielen eine höchst gefährliche Komödie. Sie spielen auf die Abmachungen, die zwischen den Arbeiterpartei und der Regierung getroffen worden sind, um eine Wiederkehr des monarchistischen Putsch zu verhindern. Durch geheuchelte Sozialistenerklärungen lassen sie sowohl den Reichswehrminister als auch die Regierung gründlich ein und erreichen damit ihr Ziel, die Macht, die sie in den Händen haben, zu halten und zu erweitern, vollständig. Die Vorgänge in Kassel, über die heute früh der „Vorwärts“ in einem langen Leitartikel berichtet, bringen für diese Behauptungen einen stützenden Beweis. Wie wollen kurz die Tatsachen registrieren:

Der Militärkommissar der Reichswehrbrigade XI in Kassel, Herr Gesejinski, brachte vor einer Woche an den Reichspräsidenten die Bitte, die Entfernung der Generale von Schoeler und von Lohberg vom Kommando der Reichswehrgruppe II in Kassel in die Wege zu setzen, da sich diese Herren in den Putschtagen als äußerst unzuverlässig erwiesen hätten. Daraufhin traf vom Reichswehrminister und vom Reichspräsidenten die Antwort ein, daß die gegen die Generale erhobenen Vorwürfe von irigen Voraussetzungen ausgingen. Die Haltung der beiden Herren sei nach Prüfung der Akten in jeder Hinsicht einwandfrei gewesen.

Wie sich herausgestellt hat, ist die Regierung von den Generalen in der unehrlichsten Weise betrogen worden. Die beschuldigten Generale hatten die Möglichkeit, über sich selbst zu Gericht zu sitzen, und der Regierung einen gefälschten Laibrecht übermitteln zu lassen. Die Regierung, die immer noch den Worten eines preußischen Generals Glauben schenkt, ist auf diesen Schwindel auch prompt hereingefallen.

Lohberg ist, daß die Generale Lohberg und Schoeler sich am 18. März weigerten, eine unabweisliche Erklärung abzugeben, wohl aber haben sie zu verstehen, daß sie den drohenden Generalstreik im Bereich der Reichswehrgruppe II unter allen Umständen verhindern würden. Alles wurde in Berlin verschwinden und sie mühten abzuwarten, auf welche Seite sie sich schlagen würden. Den Hauptwiderstand, sich Klipp und Klar für die alte Regierung zu erklären, leistete der General von Lohberg, ein alter Freund Lubendorfs, im Anzuge wie nach der Revolution sein eifrigster Mitarbeiter.

Am Abend des 18. März ließ dann das Reichswehrgruppenkommando II in Kassel die Erklärung betreiben, daß sich in Berlin eine neue Regierung gebildet habe, und daß die Befehlshaber in ganz Westdeutschland mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen würden. Diese Erklärung wurde auf Befehl der militärischen Sammandatsstelle in Kassel durch das „B. Z.“ verbreitet werden. Sie ließ gar keinen Zweifel darüber, daß das Reichswehrgruppenkommando 2 sich hinter die neue Regierung gestellt hatte.

Der Abgeordnete Scheibemann wollte daraufhin am Sonntag ein Extradiktat vorbereiten lassen, in dem er ausführte, daß es Pflicht der Soldaten sei, ihrem Oben gemäß die alte Regierung zu schützen. Er bezeichnete die Veröffentlichung des Reichswehrgruppenkommandos 2 als eine Verletzung der Ehre der meutenden Soldaten. Dieses Extradiktat wurde verboten. General von Lohberg aber ließ am Sonntag abend Vertreter der S. P. D. zu sich kommen und teilte ihm mit, daß der ganze Osten hinter die neue Regierung getreten sei. Der Bürgerkrieg sei kaum zu vermeiden, er habe deshalb den General Maercker gebeten, für die Bildung eines Koalitionskabinetts, bestehend aus beiden Regierungen, einzutreten. Wenn das die eine Befehle, gegen Berlin zu marschieren, so müsse er erklären, daß das Reichswehrgruppenkommando II sich weigern würde, dem Befehl nachzukommen. Das ganze Reichswehrgruppenkommando II würde dann geschlossen zur neuen Regierung überzutreten. Auf eine weitere Diskussion ließ sich der General von Lohberg nicht ein. Daß die Kassele Generale die Wehrverpflichtungen der Lüthlichherren in Berlin waren, geht außerdem noch aus folgendem Telefongespräch hervor, das am Montag, den 16. März, mit dem General von Lüttich in Berlin geführt wurde. Das Gespräch wurde abgehört und hatte folgenden Wortlaut:

Lüttich: „Wie weit sind Sie denn in Kassel?“  
Schoeler (zuerst schlecht verständlich, dann klar und deutlich): „Der Oberpräsident hat sich für die alte Regierung erklärt, wir werden nur noch für Ruhe und Ordnung sorgen. Uebrigens habe ich an Lubendorff berichtet!“

Das sind die nichternen Tatsachen. Aus ihnen geht klar hervor, daß die Regierung von den Generalen in Kassel nach Strich und Faden belogen wurde. Die genannten Herren müssen sofort aus der Reichswehr verschwinden, bevor sie weiteres Unheil anrichten können. Der Fall zeigt aber außerdem noch recht deutlich, daß mit dem bisherigen System gründlich aufgeräumt werden muß. Solange noch die Generale die Macht in den Händen haben, werden sie die Regierung immer blinder Nacht führen. Die Reichswehr wird immer ein monarchistisches Instrument bleiben, jeden Tag bereit, erneut Verrat zu üben. Es gibt deshalb nur eine Forderung, und die heißt: Weg mit der Reichswehr, Bildung einer neuen Truppe, die lediglich die Pflicht hat, die Republik zu schützen und die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten!

# Gellersheller der Rapp-Deute.

Man schreibt uns: Zu den am Staatsreich Schwärzen, die der Verfassung nicht rein getrieben sind, gehören unzweifelhaft zwei Personen im wirtschaftlich äußerst wichtigen Stellen. Diese sind: der Reichsfinanzpräsident Ergellens v. Habenstein und der Präsident der Preussischen Staatsbank Ergellens von Dombrois.

Diese beiden Männer haben es fertiggebracht, am Montag, den 16. März 1920, in ihren Betrieben bekanntzugeben, daß alle Beamten streng kontrolliert werden, die: es nicht weiter verrichten. Sie kümmerten sich nicht um den Beschluß des Deutschen Beamtenbundes, der die Arbeitsverhältnisse der Beamten festsetzt, die Beamtenbünde wie gleichfalls auf die Polizei

Referat des Reichsfinanzpräsidenten Ergellens v. Habenstein (siehe die „Person“ hierab zum Rolle und genehmigten Dienstschuß um 2 Uhr. Herr von Habenstein brachte es fertig, dem geschwätzig gewählten Beamtenausschuß des Reichsbank jede weitere Information zu verweigern. Er soll sogar gelüchelt haben: „Ich lasse jeden einsperren, der weiterhin gewerkschaftlich tätig ist!“

Den Ausschuss der realistischen Verhandlungen hat Herr von Dombrois sich geleistet. Er hat Offiziere, die bei der Staatsbank tätig waren, sofort entlassen, um sie den Russischen zur Verfügung zu stellen.

Die vorgenannten Tatsachen dürften genügen, um diese beiden Männer zu charakterisieren. Sie gehören zu den Helfershelfern der Hochverräter und haben als solche, so schnell wie möglich von ihren Ämtern zu verabschieden.

# Blamierte Antisemiten.

Die Kappisten haben ihren Putsch durch eine wüste antisemitische Heft im ganzen Lande vorbereitet. Die Arbeiterklasse hat gewußt, was hinter dieser Heft stand. Um so größer ist aber die Blamage der Deutschnationalen, die sich wiederholt heraufstößt, wie wenig Juden es in ihre Kämpfer sind, deren Idealisimus sie eben erst gerühmt haben.

Der „jugendliche, sympathische, vaterlandsliebende“ Graf Arco entpuppte sich, trotz seines deutschnationalen Überberzelmus, als der Sohn einer bösenfäbin, und jetzt stellt sich heraus, daß die Kappisten in ihrer 4-Tage-Regierung als Pressedict einen gewissen Trebitsch-Lincoln beschäftigt haben, der, wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, nicht ein Nachkomme des großen amerikanischen Sklavenfreiers ist, sondern ein gewöhnlicher und garischer Jude, der, mit allen Taufwassern gewaschen, zuerst das einische Kreuz und zuletzt das Hakenkreuz der Walfis kumer auf sich genommen hat.

Wenn man nun noch bedenkt, wie viele Juden und Jüdinnenämmlinge bei den Deutschnationalen führende Rollen gespielt haben und weiter spielen, dann erkennt man die ganze Borniertheit der antisemitischen Heft, die alle Juden zu Volkseigenen macht, damit die aufgehobene Masse die Juden und die Volkseigenen zusammen totschlägt.

Wundniederlegung des Freiherrn von Wangenheim. Da unter der ungeschwätigen Rapp-Regierung zur Übernehmung des Reichswaldes als preussischer Landwirtschaftsminister ausgetreten gewesen Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel hat sein Amt als Vorsitzender der Pommerischen Landwirtschaftskammer niedergelegt. Die Wahl eines neuen Kommerzienpräsidenten ist angeordnet.

# Gewerkschaftliches.

## Achtung! Betriebsräte!

Wir weisen darauf aufmerksam, daß die neugewählten Betriebsräte nicht verabsäumen dürfen, ihre Betriebe sofort nach stattgefundener Wahl in der Zentrale der Betriebsräte, Rangstraße 24, III anzumelden. Wie geben, um Macheit zu schaffen, nochmals die Fragen bekannt, die bei der Anmeldung beantwortet werden müssen.

- 1. Betrieb, Ort, Straße, Nummer. — 2. Haupt- und Untergang (Produktionsart). — 3. Anzahl der Gesamtbeschäftigten. — 4. Anzahl Arbeiter. — männlich — weiblich. Wieviel Angestellte — männlich, — weiblich. — 5. Anzahl der Betriebsräte mit Namen und Adressen derselben. — 6. Anzahl der Organisations- und Gewerkschaften. Namen derselben. — 7. Wer ist Obmann des Betriebsrates? — 8. Betriebsräte melden abends 7 Uhr abends an.

Die Meldungen müssen sich mit Betriebsratsvorsitz versehen (Wahlprotokoll).

Das Bureau der Zentrale der Betriebsräte ist zur Annahme von Betriebsmeldungen von morgens 9 bis abends 7 Uhr geöffnet. Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin.

## Achtung! Schwer- und Leichtfuhrwerkskutscher!

Den Kollegen diene hiermit zur Kenntnis, daß in der am 3. April stattgefundenen Verhandlung mit der Fuhrwerkerninnung wegen Regelung der Generalkollektive die Arbeiterbeschlüsse zugunsten haben: Als Abgeltung für die Streiklöhne erhalten alle hier im Verdracht kommenden Arbeiter eine einmalige Wirtschaftliche Hilfe von 80 M. In den Betrieben, wo bereits höhere Beträge gezahlt sind, dürfen Abzüge nicht gemacht werden. Sollte auf Grund der Ratien Veranlassung vorliegenden Antrages die Regierung einen höheren Betrag festsetzen, so wird die Differenz nachgezahlt.

Die Ausgabe der Wirtschaftliche Hilfe soll bei der nächsten Lohnzahlung erfolgen. Deutscher Transportarbeiter Verband, Bezirk Groß-Berlin. Die Branchenleitung.

# Groß-Berlin.

## Um die Höchstmieten.

Zu dem Bericht über die Sitzung des Sachverständigenausschusses für Regelung der Höchstmieten wird uns mitgeteilt, daß der Ausschuss nicht beschlußfähig wurde, sondern ruhig weiter tagte und in Ausführung der ministeriellen Anordnung vom 9. Dezember die Zuschläge zur Fixmiete wie folgt festsetzte:

Die Zuschläge betragen für Wohnungen (und Säden unter 2400 Kubikmeter) 20 Prozent, für Geschäfts- und Industriehäuser 40 Prozent, für Fabrikationsräume in Wohngebäuden 30 Prozent, für Säden über 2400 Kubikmeter 30 Prozent. Die Zuschläge in Säden mit Trennung sind gemäß den Bestimmungen der ministeriellen Verordnung und dem Beschluß des Wohnungsbauverbandes von dem Mieter zu tragen. Die Regelung der Zuschläge für Reparaturkosten und für erhöhte gewöhnliche Ausgaben wird gemäß § 10 der ministeriellen Verordnung den Mietungsämtern von Fall zu Fall vorbehalten.

# Zähne 4 Mark 7.- Mark

mit echtem Friedens-Kautschuk  
schön, natürliche Farbe bei 5 jäh. schriftlicher Garantie  
Zahnziehen mit Giftlos, Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!  
Spezialität: Zähne ohne Gummis, Kronen von 30 Mk. an, keine Luxurypreise! Fachmännliche Mundärztliche und Röntgen-Untersuchung  
**Zahnpraxis Natvani, Ranziger Straße 1**  
Ecke Schützenauer Allee, Eingang Ranziger Straße.  
Sprechstunden von 9-12, —7, Sonntags und Feiertagen 9-12.  
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit gefertigt

